

## Rede von Hubert Védrine über die Reform der europäischen Institutionen und die deutsch-französischen Beziehungen (Berlin, 9. Mai 2001)

**Legende:** Am 9. Mai 2001 hält der französische Außenminister Hubert Védrine im Deutschen Bundestag eine Rede, in der er die deutschen Vorschläge zur Reform der gemeinschaftlichen Institutionen kritisiert und für die Wahrung des institutionellen Gleichgewichts in der Europäischen Union plädiert.

**Quelle:** Audition du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, par la Commission des Affaires européennes du Bundestag (Berlin, 9 mai 2001). [EN LIGNE]. [Paris]: Ministère des Affaires étrangères de la République française, [13.09.2005]. Disponible sur <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/BASIS/epic/www/doc/DDW?M=1&K=942571523&W=AUTEUR+PH+IS+%27v%E9drine%27+AND+DATE+%3D+%2709.05.2001%27+ORDER+BY+DATE/Descend>.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_hubert\\_vedrine\\_uber\\_die\\_reform\\_der\\_europaischen\\_institutionen\\_und\\_die\\_deutsch\\_franzosischen\\_beziehungen\\_berlin\\_9\\_mai\\_2001-de-fce716a1-2d8a-43cf-8065-3221a0abfc6d.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_hubert_vedrine_uber_die_reform_der_europaischen_institutionen_und_die_deutsch_franzosischen_beziehungen_berlin_9_mai_2001-de-fce716a1-2d8a-43cf-8065-3221a0abfc6d.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Anhörung des französischen Außenministers Hubert Védrine vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages (Berlin, 9. Mai 2001)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Sehr verehrte Damen und Herren Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses,

Lieber Joschka,  
ich freue mich darüber, dass ich heute mit Ihnen debattieren kann.

[...]

Am Vorabend der großen Erweiterung bin ich fester überzeugt als je zuvor, dass es keine Alternative zur deutsch-französischen Verständigung gibt, weder für Frankreich, noch für Deutschland, noch für Europa.

Während des deutschen EU-Ratsvorsitzes im Jahr 1999 wie während der französischen Präsidentschaft im letzten Jahr konnten wir ermessen, wie schwierig es ist, in Verhandlungen einen Konsens zwischen fünfzehn Partnern über schwierige Fragen zu erzielen, obwohl eine solche Vereinbarung eine konstitutionelle und demokratische Notwendigkeit ist. Die Verständigung zwischen unseren beiden Ländern muss also mit klarem Kopf, konkret, loyal und auf Grundlage der aktuellen Wirklichkeit unserer beider Ländern geschehen, sowie auf Grundlage der Vision von Europa, wie wir es uns vorstellen. Es verlangt viel, es ist unersetzbar, was aber natürlich nicht bedeutet, dass es ausschließlich oder ausreichend ist. Aus all diesen Gründen haben Joschka Fischer und ich uns mit Überzeugung an die Neudefinition der deutsch-französischen Beziehungen gemacht, die der Bundeskanzler, der Präsident und der Premierminister am 31. Januar dieses Jahres im Elsass beschlossen haben.

[...]

Unsere Priorität ist natürlich der Sinn unserer Union, warum wir zusammen sind, unsere Ziele, der Inhalt mehr als das Behältnis. Der französische Premierminister wird sich bald sowohl zum einen als auch zum anderen äußern. Heute Nachmittag aber möchte ich einige Überlegungen über die Institutionen anstellen.

- Unser Ausgangspunkt ist, dass die Union in Wirklichkeit bereits eine Föderation von Nationalstaaten ist. Sie kombiniert föderale Elemente, die im Euro ihren stärksten Ausdruck finden werden, mit souveränen Nationen, die keinesfalls verschwinden dürfen.

Daher liegt das Problem nicht darin, wie wir unser europäisches Vorhaben bezeichnen wollen, sondern es stellen sich eher zwei große Fragen: Wie soll die Verteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten zwischen Europa und den Mitgliedstaaten aussehen, zwischen der Föderation und den Nationen; wie soll die Machtausübung auf europäischer Ebene organisiert werden?

- In Nizza haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, eine Einigung über eine genaue Verteilung der Befugnisse und Zuständigkeiten zu erzielen. Die richtige Verteilung ergibt sich nicht automatisch aus den Worten wie Föderation, Verfassung, Subsidiarität, auch wenn sie Anhaltspunkte geben und Werte zum Ausdruck bringen. Jeder Begriff kann übrigens ganz unterschiedliche Sachverhalte beschreiben. So kann beispielsweise eine Verfassung sowohl die Befugnisse der Föderation beschränken als auch die der föderalen Einheiten. Die föderale Ebene kann zahlreiche oder sehr wenige Politiken umfassen. Diese Politiken können Gegenstand einer mehr oder weniger fortgeschrittenen Integration sein. Das sind Entscheidungen, die getroffen werden müssen und wir uns nicht von Begrifflichkeiten vorschreiben lassen dürfen.

Nicht alle diese Politiken betreffen notwendigerweise alle Mitgliedstaaten, und das ist nur ein weiterer Parameter, der bei dieser Kompetenzverteilung berücksichtigt werden muss. Ein Gleichgewicht können wir nur durch Verhandlungen finden, und nicht durch den sinnlosen Versuch, vorgefertigte Formeln anzuwenden.

- Die Überlegungen zur Machtorganisation müssen auch von der Wirklichkeit in der Union und von dem ausgehen, was bereits Fortschritte gebracht hat: das Gleichgewicht des institutionellen Dreiecks Rat/Kommission/Parlament, unterstützt durch die Rechtsprechung des Gerichtshofes, ist der Grundstein des Gemeinschaftssystems und verleiht dem europäischen Aufbauwerk seine Dynamik und seinen einzigartigen Charakter; dank seiner sind wir dorthin gelangt, wo wir heute sind, und dank seiner können wir noch weiter gehen.

Setzt die große Erweiterung, die eine tief greifende Veränderung des europäischen Aufbauwerks bedeutet, auch eine Modifizierung dieses Systems voraus? Meiner Ansicht nach wäre es gefährlich, dieses Gleichgewicht, das sich bewährt hat, zu zerstören.

Natürlich müssen das Europäische Parlament und die Kommission gestärkt werden, und wir müssen über das hinaus gehen, was in Nizza beschlossen wurde. Für diese beiden Organe gibt es bereits zahlreiche Vorschläge in dieser Richtung. Auch wenn Frankreich sich dieser Haltung aus verschiedenen Gründen nicht anschließen kann, begrüße ich die Kraft des jüngsten Beitrags der SPD zu dieser Debatte.

Ich möchte jedoch unterstreichen, dass er das Gleichgewicht zu Ungunsten des Rates und der Mitgliedstaaten nachhaltig verändern würde. Ich bin dagegen der Ansicht, dass alle europäischen Organe gestärkt werden müssen. Sollte man nur ein oder zwei Organe in dieser Konstellation stärken, würde ein System, das sich bewährt hat, an Effizienz einbüßen, und die Fünfzehn würden sehr wahrscheinlich in eine Sackgasse geraten.

Ich denke, je mehr wir das Parlament und die Kommission stärken, desto weniger dürfen wir den Rat auf die Funktion einer zweiten Kammer reduzieren. Wir müssen seine Rolle in Wirklichkeit festigen und modernisieren, aus Gründen der Legitimität, der politischen Repräsentativität und der Demokratie, aber auch aus Gründen der Effizienz.

- Wir müssen uns ebenfalls darüber äußern, wie die europäischen Politiken gestaltet werden sollen. Die gemeinsame Regel ist die Gestaltung durch die Kommission, gemäß den Vorschriften, die der Rat in Übereinstimmung mit dem Parlament definiert hat. Einige Politiken aber werden auf unbestimmte Zeit weiter von den Regierungen gemeinsam behandelt. Das bedeutet nicht, dass sie weniger effizient oder weniger ehrgeizig sind; es bedeutet, dass auch diese Verfahren der Regierungszusammenarbeit erneuert und modernisiert werden müssen.

Wir sollten an diesem Punkt ehrlich zugeben, dass die bisher in Europa zum Ausdruck gebrachten Meinungen zur Kompetenzverteilung und zum Wesen der europäischen Machtbefugnisse aufgrund ihres Reichtums oder ihrer vielfältigen Quellen noch nicht übereinstimmen; wir können aber sicher sein, dass wir über den notwendigen Mut, die Inspiration und den Ehrgeiz verfügen, um das bis 2004 zu erreichen.